

16/86

Sonderbeilage
Rheinland

Bundesvorstand zum Reaktorunfall in Tschernobyl

Sicherheit und Gesundheit sind oberster Maßstab

Gesundheit und Sicherheit müssen nach Auffassung des Bundesvorstandes der CDU oberster Maßstab bei der zivilen Nutzung der Kernenergie sein. Das Unglück in Tschernobyl hat aber auch gezeigt, daß dieses nur durch internationale verlässliche Vereinbarungen zu erreichen sei, stellte Generalsekretär Heiner Geißler vor der Bonner Presse nach der Sitzung des Bundesvorstandes am Montag, dem 12. Mai 1986, fest. Geißler lehnte die Forderungen der GRÜNEN und Teilen der SPD nach einem Ausstieg aus der Kernenergie ab. Die Erklärung des Generalsekretärs hat folgenden Wortlaut:

1. Der Reaktorunfall in Tschernobyl hat zu einer verständlichen Beunruhigung der deutschen Bevölkerung geführt, weil sie erstmalig die existenzbedrohenden Folgen der sowjetischen Energiepolitik erfahren hat, die bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung an die erste Stelle setzt. Die CDU hält es für unverantwortlich, daß in der Sowjetunion Kernkraftwerke betrieben werden, die die in den westlichen Ländern geltenden Sicherheitsstandards weit unterschreiten und damit Gesundheit und Leben der Menschen innerhalb und außerhalb ihres Machtbereichs gefährden. Die CDU fordert daher: Die besonders unsicheren Kernkraftwerke in der Sowjetunion müssen abgeschaltet und mit modernster Sicherheitstechnik ausgerüstet werden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Schnelle Hilfe für die Bauern

Wir lassen die Bauern nicht im Stich. Dieses Versprechen des CDU-Präsidiums vom 14. 4. 1986 ist jetzt in die Tat umgesetzt worden. Am vergangenen Dienstag (13. 5. 1986) hat das Bundeskabinett unter Leitung von Helmut Kohl Soforthilfen für die deutschen Bauern von mehr als einer halben Milliarde DM beschlossen. Einzelheiten finden Sie auf Seite 5 dieser Ausgabe.

HEUTE LESEN SIE:

- PREISE
Erstmals seit 27 Jahren unter „Null“. Seite 9
- GIPFEL
Tokio war ein persönlicher Erfolg von Helmut Kohl. Seite 9
- MITTELSTAND
Ein Bericht vom Nürnberger Kongreß. Seite 11
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Ein Sommer mit der CDU / Ein Leitfaden für Aktionen. Seite 14
- DOKUMENTATION
Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Die CDU kritisiert nachdrücklich, daß die in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen Maßnahmen durch die Informationsblockade der Sowjetunion nachhaltig erschwert wurden. Sie verurteilt den Versuch der Sowjetunion, das Ausmaß des Reaktorunfalls erst zu verheimlichen und dann herunterzuspielen. Die Weltöffentlichkeit hat Anspruch auf eine umfassende Information durch die sowjetische Regierung über die wahren Ursachen und das wirkliche Ausmaß des Reaktorunfalls in Tschernobyl. Die CDU begrüßt, daß der Bundeskanzler in dieser Angelegenheit einen Brief an den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbachtschow geschrieben hat.

2. Der sowjetische Reaktorunfall hat allen deutlich vor Augen geführt, daß eine verantwortungsbewußte Energiepolitik auf nationaler Ebene allein nicht ausreicht, um die Gesundheit der eigenen Bevölkerung wirkungsvoll zu schützen. Vordringlich ist jetzt eine enge Zusammenarbeit der 26 Länder, die Kernkraftwerke zur Energieversorgung nutzen, mit dem Ziel, überall auf der Welt — in Ost und West — den höchsten Sicherheitsstandard, der technisch möglich ist, zu erreichen. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, ihre Kenntnisse und Erfahrungen beim Bau und Betrieb von sicheren Kernkraftwerken zur Verfügung zu stellen.

Die CDU fordert im einzelnen:

a) Die Festsetzung von einheitlichen, weltweit gültigen, den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechenden Sicherheitsstandards für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken. Dies könnte die von der Bundesregierung beantragte Sondersitzung der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien vorbereiten.

b) Die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Sicherheit von Kernanlagen, der Bewältigung von Nuklearunfällen und der Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe.

c) Die unverzügliche Ausarbeitung einer internationalen Übereinkunft, die die Vertragsparteien zur Hinterlegung der Baupläne von Kernkraftwerken, zur sofortigen Berichterstattung und zum Informationsaustausch bei nuklearen Notsituationen verpflichtet. Die CDU unterstützt den Plan der Bundesregierung, zu einer internationalen Konferenz der 26 Länder, die Kernkraftwerke betreiben, in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen.

d) Die Harmonisierung der unterschiedlichen Gesetze und Sicherheitsvorschriften für Kernkraftwerke innerhalb der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel, die höchsten nationalen Sicherheitsstandards europaweit verbindlich vorzuschreiben.

3. Die unterschiedlichen Informationen, Empfehlungen und Vorsorgemaßnahmen der Bundesländer als Reaktion auf den Reaktorunfall in Tschernobyl haben erheblich zur Verunsicherung unserer Bevölkerung beigetragen. Als Konsequenz daraus müssen daher für die Zukunft zwischen Bund und Ländern ungeachtet verfassungsrechtlicher Kompetenzen einheitliche und für alle verbindliche Richtwerte und Vorsorgemaßnahmen vereinbart werden.

4. Die Energiepolitik der CDU hat das Ziel, ein ausreichendes, sicheres und umweltfreundliches Energieangebot sicherzustellen. Für eine moderne und humane Industriegesellschaft ist es daher unerlässlich, alle Energiequellen zu nutzen, da nur dann der hohe Leistungsstandard der deutschen Volkswirtschaft und der Wohlstand sowie die Gesundheit der Bürger erhalten und gesichert werden können.

Neben Öl, Kohle, Erdgas und regenerativen Energien ist die Kernenergie auch in der Zukunft eine unverzichtbare Energiequelle. Aber wir brauchen intensivere Anstrengungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs und zur Erforschung alternativer Energien, wie z. B. der Fusions- und Solartechnologie.

Für die CDU hat bei der Nutzung der Kernenergie der Schutz von Gesundheit und Leben der Bürger Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen. Deshalb wurde in der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an ein besonders strenger Maßstab in bezug auf Sicherheit, Entsorgung und Umweltschutz angelegt. **Die deutschen Kernkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt. Nur unter diesen Voraussetzungen haben die damals im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP Entwicklung und Bau von Kernkraftwerken gemeinsam befürwortet und verantwortet.**

5. So verständlich die besorgten Fragen zur Kernenergie sind, kann die Folge von Tschernobyl nicht sein, daß die Bundesrepublik Deutschland wegen der Versäumnisse in einem anderen Land einfach auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet, obwohl unsere Kernkraftwerke im Vergleich zu Tschernobyl sicher sind. Der Verzicht auf Kernenergie würde die Energiepreise steigen lassen, die Umweltbelastung durch Kohlekraftwerke erheblich erhöhen und die Abhängigkeit vom Erdöl verstärken. Gesundheit und Leben unserer Bevölkerung werden auch nicht dadurch geschützt, daß die sicheren Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland abgeschaltet werden, während die weniger sicheren in Nachbarländern weiter in Betrieb sind.

Ein Verzicht auf Kernenergie würde also unsere eigene Sicherheit nicht erhöhen, aber gleichzeitig erhebliche volkswirtschaftliche und ökologische Schäden zur

Folge haben, die Verwirklichung sozialpolitischer Forderungen und die Hilfe für die Länder der Dritten Welt beeinträchtigen. Die Folgen eines Verzichts auf Kernenergie sind also bei nüchterner Güterabwägung ethisch nicht zu rechtfertigen.

6. Die CDU verurteilt den Versuch von Sozialdemokraten und Grünen, die Angst der Bürger für durchsichtige parteitaktische Zwecke zu mißbrauchen. Sozialdemokraten und Grüne sind nicht daran interessiert, die Bürger aufzuklären und sie über die Folgen eines Verzichts auf Kernenergie zu informieren, sondern sie treten als falsche Propheten auf, stifteten Verwirrung und schüren bei den Bürgern Angst.

7. Die CDU fordert die SPD auf, der Versuchung zu widerstehen, in Fragen von nationaler Bedeutung links-opportunistische Wahlkampfinteressen über die deutschen Lebensinteressen zu stellen. Weil die SPD sich bei den Wählern der Grünen anbiedern will, plädiert sie jetzt für den Ausstieg aus der Kernenergie, die sie Jahrzehntelang befürwortet hat. Die SPD schwimmt ohne klaren politischen Kurs wie ein Korken auf den Wellen der Stimmungsdemokratie. Mit dieser staatspolitischen Aussteiger-Mentalität kann eine Partei die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als moderne und humane Industrienation nicht verantwortlich gestalten.

Sicherheitspolitischer Kongreß

Im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn fand am Mittwoch, 14. 5. 1986 ein sicherheitspolitischer Kongreß der CDU statt. Das Eröffnungsreferat hielt Generalsekretär Heiner Geißler. Über den Verlauf und die Ergebnisse dieses Kongresses, an dem namhafte Politiker aus dem In- und Ausland teilnahmen, berichten wir in der nächsten UiD-Ausgabe nach Pfingsten.

Bremen und der Ausstieg aus der Atom-Energie

„Die Bremer lehnen Kernkraftwerke kategorisch ab, sie hätten denn welche.“ So könnte man in Abwandlung einer bemoosten, auf die Bürger Nürnbergs gemünzten Spruchweisheit meinen.

Am 6. Mai 1986 beschloß der bremische Senat in aller Form den Ausstieg aus der Kernenergie. Man fühle sich durch Tschernobyl in seiner Kritik an der Kernenergie bestätigt, erklärte Gesundheitssenator Herbert Brückner nach der denkwürdigen Senatssitzung. Daher sage Bremen dem Bau weiterer Kernkraftwerke den Kampf an.

Ein wahrlich mannhafter Beschuß, der freilich einen Schönheitsfehler hat. Auf Anfrage bei den bremischen Stadtwerken, wie viele Atommeiler denn nun unverzüglich abgeschaltet würden, erhielt man die erstaunliche Antwort: Bremen besitzt gar keine Atomkraftwerke.

Aus was denn der Staat dann eigentlich aussteigen wolle, möchte man erfahren. Achselzucken bei den Fachleuten. Die Sache liegt nämlich so: Bremen deckt momentan 90 Prozent des Strombedarfs aus eigenen Kohlekraftwerken. Der Rest wird von der Preußischen AG (Preag) zugekauft. Die Hälfte des Preag-Stroms ist Atomstrom, produziert aus Kraftwerken, die überwiegend in Niedersachsen stehen. Soll also der Preag gekündigt werden?

Das Gegenteil ist der Fall. Die Kohlekraftwerke in Bremen sind überaltert; das finanzschwache Mini-Land hat kein Geld, neue zu bauen. Folgerichtig entschied der Aufsichtsrat der Stadtwerke im Dezember, ab 1990 den Zukauf von der Preag auf ein Viertel des bremischen Bedarfs zu erhöhen. Vielleicht weiß der Senat nichts von dieser Entscheidung?

Wiederum gefehlt. Die Stadtwerke befinden sich zu 80 Prozent in der Hand des Landes. Drei Senatoren sitzen darum im Aufsichtsrat, Senator Klaus Grobecker ist sogar dessen Vorsitzender. Sie stimmten im Dezember dem forcierten Einstieg Bremens in die Kernenergie zu, am 6. Mai 1986 dem Ausstieg.

Bonner Rundschau, 8./9. Mai 1986

Preisvergleichsliste für Arzneimittel verabschiedet

„Die neue Preisvergleichsliste bringt Licht in die Dunkelkammer des Pharmamarktes. Sie sorgt für Transparenz, gibt dem Arzt den Schlüssel für eine gesundheitlich vernünftige und wirtschaftliche Arzneimittelverordnung an die Hand und schafft damit die Voraussetzungen für mehr Preiswettbewerb bei den Medika-

menten.“ Das erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Verabschiedung der Preisvergleichsliste durch den Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen. Mit diesem Beschuß habe die Selbstverwaltung einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung geleistet.

Den Bauern soll schnell und unbürokratisch geholfen werden

Mit mehr als 500 Millionen Mark will die Bundesregierung die den deutschen Landwirten entstandenen Nachteile aus den Preisbeschlüssen der Europäischen Gemeinschaft ausgleichen. Das Kabinett beschloß am Dienstag, 13. Mai 1986, den Entwurf eines Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetzes. Für die Beitragssenkung, die rückwirkend für das gesamte Jahr 1986 gelten soll, stellt der Bund 450 Millionen Mark zur Verfügung. Das Bundeskabinett beschloß außerdem, 125 Millionen Mark für die Ausweitung der sogenannten benachteiligten Gebiete um zwei Millionen Hektar auf sechs Millionen Hektar zur Verfügung zu stellen.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle rechnet damit, daß die Länder zu diesem Betrag aufgrund der Gemeinschaftsausgabe Agrarstruktur und Küstenschutz ihren Anteil von noch einmal 88 Millionen Mark leisten werden. Kiechle wies nach der Kabinettsitzung darauf hin, daß bereits nach dem agrarsozialen Ergänzungsgesetz 150 Millionen in den Haushalt 1986 eingestellt worden sind, so daß die Bauern 1986 insgesamt mit einer Entlastung von 808 Millionen Mark rechnen könnten.

Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz

Vorgesehen ist nach dem Initiativgesetzentwurf eine Entlastung bei den Beiträgen zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung nach sozialen Gesichtspunkten. Das wird besonders daran deutlich, daß die Gewährung der Zuschüsse von der

Einkommenslage abhängt und daß die Entlastungsbeträge degressiv gestaffelt sind. Die im Gesetz festgelegten Beträge orientieren sich an der durchschnittlichen Belastung der verschiedenen Betriebsgrößenklassen mit Sozialbeiträgen, wobei in der höchsten Stufe eine Entlastung von rund 50 Prozent angestrebt wird. Gleichzeitig ist aber sichergestellt, daß in jedem Fall die Entlastung die Beitragshöhe nicht übersteigt. Ferner wird davon ausgegangen, daß die Entlastungsleistung — wie andere Sozialleistungen auch — nicht versteuert werden muß.

Im einzelnen sollen die landwirtschaftlichen Betriebe je nach Unternehmensumfang bzw. Einkommensverhältnissen in fünf Klassen eingeteilt werden. Die Zuschüsse in diesen fünf Klassen sollen 2000 Mark, 1500 Mark, 1300 Mark, 1100 und 1000 Mark pro Jahr betragen. Für landwirtschaftliche Betriebe mit einem Wirtschaftswert — das ist der Einheitswert ohne den Wert der Wohngebäude — bis zu 40 000 Mark wird dann die Anspruchsvoraussetzungen des Dritten Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes angeknüpft. Größere Betriebe mit einem Wirtschaftswert über 40 000 Mark erhalten nur dann eine Entlastung, wenn das gesamte Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen 36 000 Mark nicht übersteigt, wovon das außerlandwirtschaftliche Einkommen höchstens 4920 Mark betragen darf.

Landwirte, die einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung nachgehen und deshalb nicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versichert sind, erhalten wegen der geringen Beitragslast in der landwirtschaftlichen Sozialversiche-

rung nur die Hälfte der Entlastung. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen beträgt der Zuschuß ein Drittel.

Die Entlastung wird auf Antrag gewährt, der für 1986 bis zum Jahresende und für die folgenden Kalenderjahre jeweils bis zum 30. September gestellt sein muß.

Benachteiligte Gebiete

Die Bundesregierung hat in Brüssel beantragt, rund sechs statt bisher vier Millionen Hektar und damit die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligten Gebieten zu erklären; dort kann neben einer verbesserten Investitionsförderung eine Ausgleichszulage bis zu 240 Mark je Großviecheinheit und Hektar Futterfläche gewährt werden. Bis-her erhalten die Ausgleichszulage ca. 181 000 Betriebe; nach der Ausweitung, die von Brüssel gebilligt werden muß, dürften insgesamt etwa 260 000 Betriebe zulagenberechtigt werden. Zusätzlich zu den bisher für 1986 vorgesehenen Mitteln in Höhe von 370 Millionen Mark (davon 222 aus dem Bundeshaushalt) kommen dann weitere 208,3 Millionen, davon 125 Millionen vom Bund. Das bedeutet eine Aufstockung dieser Maßnahme auf insgesamt 578,3 Millionen Mark in 1986.

Großversuch „Grünbrache“

Das Koalitionsgespräch hat erbracht, daß die Bundesregierung und das Land Niedersachsen einen Großversuch „Grünbrache“ durchführen werden. Der Bund wird 1987 zu diesem Zweck 100 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Mit dem Großversuch sollen Erfahrungen gesammelt werden, welcher Beitrag zur Eindämmung der Agrarüberschüsse und zur Verbesserung des Umwelt- und Naturschutzes auf diesem Wege geleistet werden kann.

Hilfe für Schäden infolge des sowjetischen Reaktorunfalls

Die Bundesregierung hat ihren Willen bekräftigt, den infolge des Kernreaktorunfalls in der Sowjetunion geschädigten Landwirten Soforthilfe — möglichst ohne zeitraubende gesetzliche Grundlage — zu leisten. Sie strebt daher mit den Bundesländern Vereinbarungen über die Soforthilfemaßnahmen an und wird in existentiell bedrohlichen Fällen Abschlagszahlungen leisten.

Das Bundesfinanzministerium teilte mit, daß Finanzminister Gerhard Stoltenberg u. a. einer Regelung zugestimmt habe, nach der den Betroffenen die Hilfen gewährt werden können, wie sie in Fällen von Naturkatastrophen vorgesehen sind. Als Soforthilfemaßnahmen kämen insbesondere Steuerstundung, Anpassung der Einkommensteuervorauszahlung an die zu erwartende Ertragssituation und Absehen von Vollstreckungsmaßnahmen in Betracht.

Schröder ein „Geisterfahrer“

Scharfe Angriffe richtete CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am 9. Mai in Hannover gegen den Spitzenkandidaten der SPD für die Landtagswahl, Gerhard Schröder. Es sei ein „Verhängnis“, wenn der „linksradikale Geisterfahrer“ Schröder die CDU-Regierung ablöse. Dies hätte katastrophale Auswirkungen für die Bundesrepublik als Wirtschaftsmacht, denn Schröder lehnt die Soziale Marktwirtschaft ab. Geißler betonte die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahl: Es gehe dabei um die Zukunftsfähigkeit unseres Staates. Sollte durch einen SPD-Wahlsieg die CDU-Mehrheit im Bundesrat verlorengehen, werde die erfolgreiche Politik der Bundesregierung blockiert. Die Wahlentscheidung in Niedersachsen werde zu einer Entscheidung zwischen vorwärts oder rückwärts.

SPD-Betriebsräte von Kraftwerken protestieren gegen ihre Parteispitze

Aus Protest gegen die Profilierungs-sucht der SPD-Spitze und die Emotionalisierung in der Kernkraft traten am 13. Mai in München SPD-Betriebsräte aus Kernkraftanlagen vor die Presse. Sie warfen der Führung ihrer eigenen Partei vor, ohne eingehende Sach-kenntnis und ohne Rücksicht auf 300 000 direkt oder indirekt von der Kernenergie abhängige deutsche Arbeitsplätze den Ausstieg aus der Kern-energie zu propagieren. Die 12 000 Be-triebsangehörigen in den deutschen Kernkraftwerken hätten keine Sorge um ihre Gesundheit, fürchten aber sehr wohl um den Erhalt ihrer Arbeits-plätze.

Nach Gegenüberstellung der Unfälle in Tschernobyl und Harrisburg mit den Si-cherheitsvorkehrungen in den deutschen Kernkraftwerken erklärten die Betriebs-räte wörtlich: „Wir verbürgen uns gegen-über unserer Mitbevölkerung für die höchstmögliche Sicherheit.“

Während in den Ortsvereinen auch der bayerischen SPD, die den Ausstieg aus der Kernenergie zum Wahlkampfthema hochstilisiert, sachkundige Aussagen der Betriebsangehörigen weiterhin gefragt seien, kümmere sich die Parteispitze nicht um fachliche Information. Der bayeri-sche Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann und der Kanzlerkandidat Johannes Rau wurden aufgefordert, sich vor Ort zu informieren.

Brüne Soltau, Betriebsratsvorsitzender des Reaktorbauers Kraftwerks-Union in Erlangen, bedauerte, daß der ebenfalls in Erlangen wohnende Hiersemann bisher weder beim Vorstand noch beim Betriebs-rat vorgesprochen habe. „Es geht nicht

mehr um den Fachverstand, sondern nur noch um Emotionen“, meinte Soltau und warf dem bayerischen SPD-Spitzenkandi-daten vor, sich mit dem Nein zur Kern-kraft profilieren zu wollen. Ein anderer SPD-Betriebsrat drohte sogar, es könne für Hiersemann ein böses Erwachen geben, denn die KKW-Betriebsräte hätten durchaus einen „Background“, den sie zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze mobilisie-ren könnten.

Während der bayerische SPD-Landesvor-stand gestern einen sofortigen „sorgfältig geplanten und zügigen Ausstieg aus der Kernenergiwirtschaft“ forderte, wiesen die SPD-Betriebsräte dies als „politischen Unsinn“, durch den sich die SPD zu „Hi-wis von den GRÜNEN“ mache, zurück. Ein Abschalten der deutschen Kernkraft-werke sei schon deshalb wirkungslos, weil rund 100 ausländische Kraftwerke nahe den deutschen Grenzen weiterarbei-teten. Zudem würde die Konkurrenzfähig-keit der deutschen Industrie leiden, nach-dem schon heute Frankreich den Kern-energiestrom um 20 Prozent billiger ver-kaufen kann als die RWE den Kohle-strom. Die Betriebsräte bedauern, daß die Atomgegner weder eine Protestkundge-bung vor der sowjetischen Botschaft an-gemeldet noch Moskau vor dem Interna-tionalen Gerichtshof verklagt haben.

83 Prozent für US-Truppenpräsenz

83 % der wahlberechtigten Bundesbürger sind nach dem Ergebnis einer Blitzumfra-ge der Tübinger Wickert-Institute der An-sicht, daß die Anwesenheit von US-Trup-pen in der Bundesrepublik wichtig ist für die Sicherheit unseres Landes.

Wünsche der Mütter stärker berücksichtigt

Der Mutterschaftsurlaub ist von den betroffenen Müttern sehr stark in Anspruch genommen worden. Das geht aus dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Bericht über den Mutterschaftsurlaub hervor. Im Jahre 1982 hatten über 93 Prozent der Berechtigten den Mutterschaftsurlaub in Anspruch genommen. 1985 lag die Inanspruchnahme bei rund 90 Prozent.

Das beweist, daß sich die durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 erfolgte Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes nur geringfügig auf die Inanspruchnahme ausgewirkt hat. Damit haben sich die anlässlich der parlamentarischen Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes geäußerten kritischen Einwände nicht bewahrheitet.

Darüber hinaus wurde untersucht, warum und in welchem Maße Mütter nach dem Mutterschaftsurlaub wieder in ihren Erwerbsberuf zurückkehren. Es sind knapp 40 Prozent, die dies unmittelbar nach dem Mutterschaftsurlaub tun. Dabei bevorzugen immer mehr Frauen Teilzeitarbeitsverhältnisse. Für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit sind für einen großen Teil der Mütter finanzielle Gründe ausschlaggebend, da sie im allgemeinen zur Sicherung des Familieneinkommens beitragen.

In bezug auf die Ausgestaltung des Mutterschaftsurlaubs waren rund drei Viertel der Mütter der Meinung, der Urlaub sollte länger sein, wobei eine Dauer von ein bis zu drei Jahren genannt wurde. Rund zwei Drittel der Mütter wünschten sich eine bessere finanzielle Ausstattung während des Mutterschaftsurlaubs; es wurden Spannen von 700 bis 900 Mark pro

Monat genannt. Vier Fünftel der Mütter sprachen sich für die wahlweise Freistellungsmöglichkeit von der Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter aus.

Seit dem 1. Januar 1986 ist das Bundeserziehungsgeldgesetz in Kraft; es hat das Gesetz über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes, welches am 1. Juli 1979 in Kraft trat, im Sinne der Wünsche der Mütter abgelöst.

Mit dem Bundeserziehungsgeld ist — aufbauend auf den Regelungen des bisherigen Mutterschaftsurlaubs — eine bedeutende familienpolitische Maßnahme geschaffen worden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit durch die Gewährung von Erziehungs-geld und Erziehungsurlaub stärker fördert.

Insbesondere ist die finanzielle Leistung angehoben, der Erziehungsurlaub auf zehn und ab 1988 auf zwölf Monate ausgedehnt sowie der Kreis der Anspruchs-berechtigten auf alle Mütter oder Väter erweitert worden.

Keine Gefahr für schwangere Frauen

Wie Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth am 10. Mai in Bonn erklärte, liegen dem Gesundheitsministerium Hinweise dafür vor, daß einige Ärzte Frauen nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl zum Schwangerschaftsabbruch raten. Die Bundesministerin ist empört über ein solches mit der ärztlichen Ethik nicht zu vereinbartes Verhalten und hob hervor, schwangere Frauen brauchten sich keine Sorgen um ihr ungeborenes Kind zu machen.

Neues Wirtschaftswunder: Preise sinken erstmals seit 27 Jahren

Im April 1986 lag das Preisniveau um 0,2 Prozent niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahrs. Dies war seit 27 Jahren (1959) nicht mehr der Fall, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hierzu mitteilt. Somit gibt es keine Geldentwertung mehr; im Gegenteil: Mit demselben Betrag lässt sich heute sogar etwas mehr kaufen als vor zwölf Monaten.

Den Ausschlag für das deutsche Stabilitätswunder, das weltweit seinesgleichen sucht, ergaben drei Fakten: Der Rückgang des Dollarkurses von 3,47 DM im Februar 1985 auf rund 2,20 DM, der Verfall des Rohölpreises, der auf Benzin, Diesel und Heizöl durchschlägt, und nicht zuletzt die erfolgreiche Stabilitätspolitik der Bundesregierung. Nur durch diese nämlich können sich die von außen kommenden Preissenkungen voll auswirken. Der Staat ist mit der Drosselung seines Ausgabenwachstums an den Stabilitätserfolgen mitbeteiligt. Sparsame Haushaltsführung hat das Vertrauen in die Geldwertstabilität gestärkt. Dieses Vertrauen aber ist ein Wert an sich, den man nicht hoch genug einschätzen kann.

Diese positive Entwicklung einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik haben unsere ausländischen Partner auf dem Wirtschaftsgipfel neidlos anerkannt, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann**, fest. Eine solche Politik ist sozialer als es staatliche Ausgabenprogramme je sein könnten. Die Preisstabilität verbessert die Kaufkraft der Arbeitnehmer und Rentner und

schützt die Sparer vor einer Entwertung ihres Vermögens.

Auch der Beschäftigung hat die deutlicher werdende Preisstabilität gutgetan. Das ist aus dem Rückgang der Arbeitslosenzahl ersichtlich, die sich im April um 218 000 verringerte, ein erstes Zeichen echter Gesundung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Kurzarbeiter ist ebenfalls deutlich gesunken, und die Zahl der offenen Stellen liegt klar über dem Stand des Vorjahresmonats.

Kohls Aufreten auf dem Wirtschaftsgipfel war ein Erfolg

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio einen persönlichen Erfolg erzielt. Er war nach einhelligem Urteil der Konferenzteilnehmer einer der dominierenden Politiker und hat zusammen mit Finanzminister Gerhard Stoltenberg wesentlichen Anteil am Ergebnis der dreitägigen Beratungen gehabt, schreibt der Bonner Generalanzeiger. Kohl habe sich einen vorbehaltlosen Respekt erworben. Seine Ansichten seien ohne Widerspruch akzeptiert worden. „Die Deutschen hatten eine natürliche Autorität in Tokio. Sie waren die einzigen, bei denen in wirtschaftlicher Hinsicht alles stimmte. Sie konnten deshalb auf der Grundlage nahezu perfekter Zahlen argumentieren“, sagte ein amerikanischer Diplomat.

Kulturabkommen mit der DDR – ein Erfolg unserer Deutschlandpolitik

Viele Jahre hat sich die damalige SPD-Regierung darum bemüht — ohne jedes Ergebnis, ohne jeden Erfolg. Nun, nach ebenso zügigen wie intensiven Verhandlungen mit der DDR unter der Regierungsverantwortung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist es soweit: Das Kulturabkommen ist mit der DDR ausgehandelt, die für Kultur zuständigen Bundesländer haben alle zu dem Abkommen ihr Einverständnis erklärt, das Bundeskabinett hat der Unterzeichnung zugestimmt.

Jetzt konnte es durch Unterschriftenleistung durch den Vertreter der Bundesregierung und den Vertreter der DDR-Regierung in Vollzug gesetzt werden. Am 6. Mai 1986 geschah dies in Ost-Berlin. So sieht die konsequente, zielorientierte und erfolgreiche Deutschlandpolitik dieser Regierung in der Praxis aus, erklärt hierzu **Ottfried Hennig**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

Das Kulturabkommen geht über den herkömmlichen Bereich der Kultur, wie Literatur, bildende und darstellende Kunst, Musik und Film, weit hinaus. Es umfaßt ein viel breiteres Feld: Bildung und Wissenschaft sind erfaßt, und auch die Bereiche des Bibliotheks- und Archivwesens, der Denkmalpflege, des Verlagbuchhandels, des Hörfunks und Fernsehens und des Sport- und Jugendaustausches sind abgedeckt. Auf allen diesen Gebieten fehlten bisher vertragliche Regelungen.

Das Kulturabkommen ist ein Rahmenabkommen. Es verbessert die allgemeinen Bedingungen für Austausch und Zusammenarbeit, stellt eine Berufsgrundlage

dar, gibt Möglichkeiten für zusätzliche Aktivitäten und hat keinesfalls einen Exklusivcharakter. Es ist nicht etwa ein „Nadelöhr“, durch welches Austausch und Zusammenarbeit geregelt werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen „den im kulturellen Bereich tätigen Personen“ ist weiterhin möglich.

Die entscheidende Frage der Einbeziehung von Berlin ist in dem Abkommen rechtsverbindlich geklärt. Ferner ist auch mit der DDR eine verbindliche Verständigung über eine Reihe von Projekten erzielt worden, die nach Abschluß des Abkommens durchgeführt werden. Darunter befinden sich auch Projekte in bezug auf Berlin.

Eine andere schwierige Frage ist ebenfalls geregelt worden: die Nichtdiskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bei kulturellen Veranstaltungen (Ausstellungen). Ferner eröffnet eine gemeinsame Protokollerklärung die Möglichkeit für Verhandlungen über die Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter außerhalb der Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Hier geht es insbesondere auch um Archivalien. Entsprechende Verhandlungen sind bereits im Gange.

Welche Vorteile bringt uns das Kulturabkommen? Es gibt uns — auch als vertragliche Berufsgrundlage — bessere Chancen für Austausch und Zusammenarbeit im Interesse der Menschen in unserem geteilten Land. Dies ist ein neues und — vor allem auch aus der Sicht der Beteiligten — besonderes positives Moment. Es bietet die Chance zu mehr Gemeinsamkeit in Deutschland.

Leitantrag zur Steuerreform stand im Mittelpunkt der Diskussion

Im Mittelpunkt des 31. Bundeskongresses der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU in der Nürnberger Frankenhalle (9. Mai 1986) stand die Verabschiedung des Leitantrages „Steuerreform in mittelstandspolitischer Verantwortung“. Der vom Bundesvorstand konzipierte Leitantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Hauptredner des zweitägigen Kongresses waren Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** und der CSU-Landesgruppenvorsitzende **Theo Waigel**. Stoltenberg unterstrich in seiner Rede, daß die Regierungskoalition unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl mit großem Erfolg eine Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft betreibe. Es sei ein positives Zeichen, daß es seit der Regierungsübernahme 1982 eine deutliche Zunahme von Betriebsgründungen im mittelständischen Bereich gegeben habe. Trotz der günstigen wirtschaftspolitischen Situation gäbe es in einigen Bereichen jedoch noch schwierige Prozesse der Konjunkturanpassung. Für die Gesamtsituation, so Stoltenberg, sei nicht die Frage wichtig, ob die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr ein Wachstum von 3,5 oder 4,2 Prozent erreiche, sondern daß die Bundesregierung verlässliche Daten setze für einen anhaltenden Aufschwung.

Theo Waigel betonte, die Bundesrepublik Deutschland habe mit 56 % den höchsten Ertragssteuersatz der wichtigsten Industriestaaten. Gerade für die mittelständischen Betriebe, die etwa die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes und über 60 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigen, sei die Steuerbelastung zu hoch.

Deshalb forderten die Delegierten zu gunsten einer besseren Eigenkapitalausstattung der Unternehmen den weiteren Abbau der Steuer- und Abgabenbelastung.

In drei Arbeitskreisen wurden die verschiedenen Aspekte des Leitantrages ausführlich und kontrovers diskutiert. Besonders im Arbeitskreis eins „Steuersenkung zur Leistungssteigerung und Verbesserung der Eigenkapitalbasis“ gab es lebhafte Diskussionen.

Der Arbeitskreis zwei befaßte sich mit der Sozialkostenlawine. Hier wurden hauptsächlich die hohen Lohnnebenkosten kritisiert.

Im Arbeitskreis drei ging es um Subventionsabbau, Entstaatlichung und Entbürokratisierung.

„Wir sind im vergangenen Jahr wieder ein deutliches Stück vorangekommen. Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU hat nunmehr über 35 000 Mitglieder. Es gibt keine andere politische Vereinigung in diesem Bereich, die eine nur annähernd so große Mitgliederbasis aufweist“, erklärte **Prof. Zeitel** zur Eröffnung des 31. Bundeskongresses. U. a. sagte Zeitel:

„Der 31. Bundeskongreß unserer Vereinigung findet in einer Zeit statt, die allgemein durch eine günstige Entwicklungstendenz der Wirtschaft gekennzeichnet ist. Drei Jahre nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Helmut Kohl zeichnen sich deutlich die Früchte einer konsequenten Politik ab. Die Stabilität unserer Währung ist so gewährleistet wie seit 20 Jahren nicht mehr. Wir haben nach mehr als fünf Jahren wieder beachtliche Reallohnsteigerungen, die zu einem hohen privaten Verbrauch führen wer-

den. Unsere außenwirtschaftliche Lage ist besser denn je, wenn wir die Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse sowie die Entwicklung des Außenwertes unserer Währung betrachten. Es ist eine beträchtliche Konsolidierung bei den öffentlichen Haushalten erreicht, ein Prozeß, der immer mit Schmerzen verbunden ist.

Zusammengekommen ergibt sich wahrlich eine stolze Bilanz. Sie erklärt, warum wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft im größten Teil unserer Bevölkerung eingekehrt ist.

Wir anerkennen, daß die jetzige Regierung eine Reihe von Regelungen getrofen hat, die mittelstandspolitisch einen Schritt voran bedeuten, zum Beispiel die Erleichterung im Jugendarbeitsschutz, das Existenzparprogramm, die bereits realisierten Steuersenkungen und die vorgesehenen Änderungen im Wettbewerbsrecht. Andere Aufgabenbereiche harren noch der Lösung, wie die Themen Bürokratisierung und Privatisierung, bei denen wir uns eine schnellere Gangart wünschten. Die Chancen für den Mittelstand sind trotz einiger Kritik in einzelnen Bereichen so gut wie lange nicht. Traugen wir dazu bei, daß sie realisiert werden.“

Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand, zog u. a. folgende Leistungsbilanz: „Während die deutschen Sozialisten sich darüber zerstreiten, wann die Marktwirtschaft endgültig zu Grabe getragen werden soll, haben wir hier in Nürnberg die Gelegenheit, den eindrucksvollen Erfolg der Rückbesinnung auf Grundzüge und Zielsetzungen der Sozialen Marktwirtschaft zu würdigen. Ein Erfolg, den Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg gegen den intensi-

ven Widerstand von SPD und DGB durchgesetzt haben.

Zur Erfolgsbilanz unserer Politik der letzten Jahre gehört die Feststellung: Die Opposition in unserem Land ist bereit, eine höhere Inflationsrate zu Lasten aller Arbeitnehmer und aller Unternehmen in unserem Land hinzunehmen. Bis heute fordert sie die Rückkehr zu ihren fehlgeschlagenen, kostenträchtigen Beschäftigungsförderungsprogrammen. Wir halten fest: Es wird keine kreditfinanzierten Ausgabenprogramme wie in den 70er Jahren geben. Inflationsrate 1982: 5,4 Prozent — Inflationsrate heute: 0 Prozent — das ist der Unterschied zwischen einer Politik für den Bürger und einer Politik auf Kosten des Bürgers.

Aber wir stehen erst am Beginn unseres Weges! Zu viele Hindernisse sind in den 70er Jahren aufgetürmt worden. Mancher, der sich allzu schnell das Signal ‚Freie Fahrt‘ erhofft hatte, fühlt sich heute enttäuscht, weil die Reparaturarbeiten an der Schnellstraße der Marktwirtschaft noch längst nicht alle Schlaglöcher beseitigen konnten. Gerade weil wir wissen, daß in bestimmten Bereichen des Mittelstandes eine latente Unzufriedenheit herrscht, kommt der politischen Arbeit unserer Vereinigung eine besondere Bedeutung zu.

Wir haben allen Anlaß, stolz auf die politische Leistung der Union zu sein; wir haben die sozialen Leistungssysteme leistungsfähig erhalten; die Wirtschaft hat Vertrauen in die Rahmenbedingungen, wie alle Daten ausweisen, und die Konsolidierung des Staatshaushaltes macht langsame, aber wohltuend spürbare Fortschritte. **Wir sind auf dem richtigen Weg — aber wir müssen es auch laut und deutlich sagen!** Unsere Aufgabe ist, bei den vor uns liegenden Wahlen dafür zu sorgen, daß die Union weiter an der Regierung bleiben kann.“

US-Experte nennt Kernkraftwerke der Bundesrepublik am sichersten

Die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik sind die sichersten der Welt. Diese Ansicht äußerte jetzt der amerikanische Spezialist für Reaktorsicherheit, Bennett Ramberg, von der University of California in einem Interview mit der Tageszeitung „New York Times“.

Wie Ramberg erklärte, haben die sowjetischen Atommeiler Konstruktionsmerkmale, die größere Risiken mit sich bringen als westliche Bauweisen für Reaktoren. Außerdem sei die sowjetische Planung für Katastrophenfälle offensichtlich fragwürdig. So habe es mehrere Tage gedauert, bis die Evakuierung der Bevölkerung in der Umgebung des Reaktors abgeschlossen war. Was die Sicherheit der Reaktoren angehe, so „stehen die Deutschen an erster Stelle, die Amerikaner in der Mitte und die Russen ganz hinten“.

Medienstaatsvertrag im Süden perfekt

Die Unterzeichnung eines Medienstaatsvertrages durch Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz bedeutet einen weiteren Schritt zum Ausbau von bundesweit empfängbaren Fernseh- und Hörfunkprogrammen, erklärt der Medienbeauftragte des Bundeskanzlers, Staatssekretär **Waldemar Schreckenberger**.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um nachrichtentechnische Voraussetzungen fristgerecht bereitzustellen. Dies gilt insbesondere für den direktstrahlenden Satelliten, der spätestens im Herbst dieses Jahres sendebereit sein soll.

Besonders zu begrüßen ist, so erklärt Schreckenberger, daß der neue Staatsvertrag mit dem im März abgeschlossenen Staatsvertrag von Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen in prinzipiellen Fragen übereinstimmt. Dies schafft eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung.

Ansturm auf offene Lehrstellen läßt nach

Ein frischer Wind weht durch den Lehrstellenmarkt im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland.

Während die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahr um 5% sank, stieg das Angebot der freien Stellen um 8%.



Neu im Angebot

Die deutsche Nationalhymne

Bei feierlichen Anlässen, bei denen die deutsche Nationalhymne gespielt und gesungen wird, ist immer wieder festzustellen, daß vielen Bürgern weder Text noch Noten bekannt sind. Daher unser neuer Prospekt zum Verteilen:

Die deutsche Nationalhymne (Abbildung auf Seite 16)

Darin sind Text und Noten unserer Hymne abgedruckt mit kurzer Entstehungsgeschichte sowie einem Vorwort von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 5,50 DM
Bestellnummer: 2741

Ein Sommer mit der CDU



Hier einige Aktionsvorschläge

Eine echte politische Sommerpause wird es in diesem Jahr wohl kaum geben: Der Bundestagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Nicht nur in der Bundeshauptstadt werden die Wortgefechte ununterbrochen weitergehen, sondern auch auf lokaler und regionaler Ebene gilt die Devise, kontinuierlich Flagge zu zeigen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle wird vielerlei unternehmen, um den Orts- und Kreisverbänden die Arbeit in der sommerlichen Vorwahlkampfzeit zu erleichtern. Alle Parteigliederungen, die sich in diesen Wochen mit der Frage beschäftigen, welche Maßnahmen in der warmen Jahreszeit besonders öffentlichkeitswirksam sind, können in Kürze auf ein Handbuch zurückgreifen, das in der neuen „CDU aktiv“-Reihe erscheint und den Titel „Sommeraktionen“ trägt.

Dieser Leitfaden enthält eine Fülle von Vorschlägen, Anregungen und Hinweisen. Aus 53 Aktionstips, die alle auf die Ferien- und Sommerzeit abgestellt sind,

lassen sich mit Sicherheit einige heraus suchen, die problemlos in die Tat umgesetzt werden können.

Wenn alle mitmachen, wird das eine beeindruckende Sache, die im gesamten Bundesgebiet für neue Akzente im Vorwahlkampfgeschehen sorgt. Hitzige politische Debatten müssen wir noch lange genug führen, in den Sommermonaten haben wir die Gelegenheit, unseren Mitbürgern eine gelungene Mischung aus Politik und Unterhaltung anzubieten.

Einige „Sommeraktions“-Beispiele:

Talkshow im Freien

Warum nicht einmal eine Bürgerversammlung in Form der Fernsehsendungen „Drei nach neun“ oder Fuchsbergers „Heut abend“? Ein stadtbekanntes Lokal mit gemütlichem Biergarten ist der passende Ort für diese Veranstaltung. Benötigt werden lediglich ein Podium und ein schmückes Sofa.

Gewinnen Sie für diese Aktion den Bundestagskandidaten und weitere interessante Persönlichkeiten der Union. In

solch lockerer Runde kann der (zukünftige) CDU-Abgeordnete leicht an Profil gewinnen.

Die CDU-Stadt-Rallye

In Zusammenarbeit mit dem städtischen Fremdenverkehrsamt, dem Presseamt und/oder dem Geschichtsverein veranstaltet die CDU eine Fußgänger- oder Fahrradrallye.

Die Teilnehmer erfahren eine Menge über die Geschichte der Stadt und über die kommunal- und bundespolitischen Erfolge der CDU, indem sie sich bemühen müssen, einen originellen und umfangreichen Fragenkatalog zu beantworten.

Für die Sieger sollten einige ausgefallene Preise bereitstehen, die von ortsansässigen Einzelhändlern gestiftet werden.

Baumtränk-Aktion

Gerade in den Hitzemonaten Juli/August sind Selbsthilfe-Aktionen für unsere Straßenbäume dringend geboten, denn die kommunalen Stellen können den „Wasserdurst“ kaum noch stillen.

An heißen Tagen bittet die CDU deshalb mit Flugblättern und Lautsprecherdurchsagen die Bevölkerung, den Straßenbaum vor der Haustür mit einigen Eimern Wasser zu tränken. Auch entsprechende Kleinanzeigen in der Tageszeitung vermitteln beim Bürger das Gefühl, daß die CDU einmal mehr im richtigen Moment auch im Umweltbereich „am Ball“ ist. Soll da niemand behaupten, ihm sei zum Thema „Sommer“ nichts eingefallen — was die Bundesgeschäftsstelle unter dem Slogan „Ein Sommer mit der CDU“ zusammengestellt hat, bietet hundertfach die Möglichkeit, auch in den Sommermonaten mit aufsehenerregenden Aktionen wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Das neue Handbuch und eine Reihe neuer Sympathiewerbemittel werden wir demnächst vorstellen.



Zukunft für unsere Landwirtschaft

Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Agrarpolitisches Konzept der CDU/CSU



Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland

Zukunft für unsere Landwirtschaft

Die CDU teilt die großen Sorgen der bäuerlichen Familienbetriebe. Deshalb haben CDU und CSU gemeinsam ein agrarpolitisches Konzept erarbeitet, dessen Verwirklichung die langfristige Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe gewährleisten kann.

**Unsere neue Broschüre:
Wir lassen die Bauern nicht im Stich**

Das agrarpolitische Konzept der CDU/CSU (Siehe auch Dokumentation UiD 12/1986!) mit einem Vorwort von Ministerpräsident Ernst Albrecht.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 22,50 DM
Bestellnummer: 5822

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Das Lied der Deutschen



Die deutsche Nationalhymne

Der neue Prospekt der Bundesgeschäftsstelle zum Verteilen

Einigkeit und Recht und Freiheit

Die deutsche
Nationalhymne



Nähre Angaben
über diesen neuen
Prospekt finden Sie
auf Seite 13

UiD

16/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.